

Die Universitäten sind keine Fachhochschulen – und das ist gut SO

Die Co-Redaktionsleiter der «Zürcher Studierendenzeitung» äussern sich zur Kritik an den Geistes- und Sozialwissenschaften. Die Ansicht, diese würden nicht rentieren, sei falsch. Das zeigten etwa die Corona-Pandemie und der Krieg in der Ukraine. Eigentlich aber gehe es um:
Humboldt.

Lukas Heinser, Carlo Mariani

06.07.2022, 05.30 Uhr



Um den Zweck der Akademie ist ein neuer Streit entbrannt.
Wandbilder im Hauptgebäude der Universität Zürich.

Simon Tanner / NZZ

Geistes- und Sozialwissenschaftlerinnen liegen auf der faulen Haut und Steuerzahlern und Sozialwerk auf der Tasche. Dieses Bild zeichnete die Historikerin und Universitätsdozentin Andrea Franc in einem Interview mit der NZZ Ende Mai.

Im Verlauf der vergangenen Wochen gab es in den Medien darüber viel Aufruhr: Statistische Behauptungen wurden widerlegt, die geringe empirische Datengrundlage mancher Aussagen bemängelt, Francs Menschenbild kritisiert. Die Studierenden der Universität Luzern, an der Franc unter anderem tätig ist, verfassten einen offenen Brief. Die «bloss anekdotischen, wenig plausiblen und zuweilen schlichtweg falschen

Ausführungen» Francs seien «eher einer politischen Schmährede als einer wissenschaftlichen Diskussion würdig», liessen sie verkünden und forderten Franc, die für die Grünliberalen das Amt einer Schulrätin bekleidet, zu einer Stellungnahme auf – ohne Erfolg.

Statt Humboldt der Markt

Francs Denken liegt auf einer Linie mit einer Tendenz, die sich an Schweizer Universitäten manifestiert. Dabei bewegt sich das universitäre Modell hin zu jenem der Fachhochschulen als Ausbildungsstätten und immer weiter weg vom Humboldtschen Bildungsideal. Humboldts Idee einer «Bildung der Gesinnungen und des Charakters, die keinem fehlen darf», scheint in den Hintergrund zu treten, zunehmend gilt der Arbeitsmarkt als Orientierungspunkt.

Wer nicht auf diesen vorbereitet ist, erwirtschaftet zu wenig und trägt so zu wenig zur Gesellschaft bei. Nur was sich in finanziellem Ertrag messen lässt, nützt dem Gemeinwesen. Obendrauf beleidigt Franc Studierende, die die Lehrveranstaltungen angeblich «absitzen und sich durchs Studium kiffen». Dabei würden sie vom Wohlstand der Eltern leben, später Teilzeit arbeiten und zwei Tage pro Woche in der Badi verbringen. Dass ein Nebenerwerb durchschnittlich 39 Prozent des Einkommens von Studierenden der Geisteswissenschaften ausmacht und dass Absolventinnen oft unfreiwillig oder zugunsten der Kinderbetreuung Teilzeit arbeiten, wurde schon angemerkt. Diese Tatsachen kümmern Franc wenig – sie wären jedoch für eine differenzierte Auseinandersetzung unabdingbar gewesen.

Der plötzliche Nutzen der Geisteswissenschaften

Überhaupt stellt sich die Frage, ob der Nutzen von Geistes- und Sozialwissenschaften aus rein ökonomischer Perspektive ausreichend umfasst werden kann. Die Antwort lautet: definitiv nicht! Für die Entstehung der westlichen Demokratien etwa waren die Ideen von Aristoteles, Montesquieu und Rousseau unerlässlich – aus heutiger Sicht alles «Geisteswissenschaftler». Und so ist das Wissen von Politikwissenschaftlerinnen, Historikern und Philosophinnen auch für die heutige Weltlage, in der Demokratien vielerorts in Gefahr sind, von grossem Nutzen. Sie liefern das geistige Rüstzeug, um autoritäre, demokratiefeindliche Tendenzen fundiert zu hinterfragen und zu entlarven.

Katharina Michaelowa, Dekanin der Philosophischen Fakultät der Universität Zürich und Professorin für Politikwissenschaft, unterstreicht den gesamtgesellschaftlichen Nutzen der Geistes- und Sozialwissenschaften: «Der privatwirtschaftliche Nutzen von Bildung und Ausbildung spiegelt sich typischerweise im Lohn wider. Der gesamtwirtschaftliche Nutzen von Bildung aber eben gerade nicht.» Dabei geht es zum Beispiel um die Bewahrung von Kulturgütern, die Sicherung von geschichtlichem und regionalem Wissen oder die generelle Schulung eines kritischen Geistes.

Bildung generiert ein Wissen, das eine Zeitlang brachliegen kann, um dann plötzlich sehr wichtig zu werden. Oft weiss man im Voraus nicht genau, wann oder in welchem Bereich dessen Nutzen zutage tritt. «Zur

Eindämmung der Corona-Pandemie wurden neben medizinischen Erkenntnissen plötzlich auch Kenntnisse über menschliches Verhalten hoch relevant, und seit Beginn des Ukraine-Kriegs sind unsere Osteuropa- und Slawistik-Experten extrem gefragt», so Michaelowa. Selbst innerhalb eines rein ökonomischen Denkmodells müsste dieser gesellschaftliche Nutzen einkalkuliert werden.

Der bewusste Unterschied zu Fachhochschulen

Die universitären Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte scheinen aber nicht jenes Erzeugen von tiefem Wissen im Blick zu haben. Stattdessen orientiert man sich vermehrt am Modell der Fachhochschulen. Mit deren Einführung wurden 1995 berufsbezogene Studiengänge konzipiert, die den Universitäten in keiner Form untergeordnet sind, in denen aber anwendungsorientiert geforscht, gelehrt und ausgebildet wird. So heisst es im Fachhochschulgesetz, dass sie durch «praxisorientierte Diplomstudien auf berufliche Tätigkeiten» vorbereiten und «anwendungsorientierte Forschungs- und Entwicklungsarbeiten» durchführen sollen. Die Absolventin einer Fachhochschule soll folglich später auch als Fachkraft der Volkswirtschaft zudienen. Das Zürcher Universitätsgesetz hingegen setzt unter anderem die «wissenschaftliche Arbeit in Forschung und Lehre im Interesse der Allgemeinheit» zum Ziel.

Sogar das Universitätsgesetz verwendet also eine breite Definition von gesellschaftlichem Nutzen und grenzt die Universität damit klar vom Konzept der Fachhochschulen ab – das Parlament hat die

Aufgabenbereiche der beiden Modelle bewusst ausdifferenziert. Dem hätte Franc Rechnung tragen müssen, bevor sie die Universitäten dafür kritisiert, nicht wie Fachhochschulen zu sein, und deren Ausbildungsfunktion auf die Universitäten projiziert.

Der Elfenbeinturm hat im Humboldtschen Verständnis durchaus seine Berechtigung (Blick auf den Turm der Universität Zürich).

Simon Tanner / NZZ

Franc spricht leider die Sprache der Zeit. Das ökonomische Denken durchdringt den Universitätsalltag schon seit langem. So trägt etwa die vieldiskutierte Bologna-Reform zum Wandel der Universitäten in Richtung Ausbildungsstätten bei. Sie hat in ihrem rund 20-jährigen Bestehen zu mehr Prüfungen und – auch hier wieder – einer Verrechnung aller Leistungen geführt: Das Credit-System ordnet jedem

Vortrag, jedem Lektüreprotokoll, jeder Seminararbeit einen Wert in Zahlen zu. Die Credits liefern unerschöpflichen Gesprächsstoff, und Studierende rechnen sich gerne vor, wie es wohl am schnellsten zum Abschluss geht und wo es die «einfachsten Credits» zu haben gibt. Dass dabei Raum und Zeit für ein tieferes, nicht an oberflächliche Zwecke gebundenes Denken verlorengehen, liegt auf der Hand.

Der Diskurs braucht einen Ort

An der Universität Zürich wird es ausserdem bald auch wörtlich an Raum fehlen: Der geplante 600-Millionen-Neubau «Forum UZH» wird weniger Vorlesungssäle fassen als ursprünglich angedacht, denn das hybride Studium soll nach dem Katalysator Corona zur Regel werden. Es wird massiv unterschätzt, was diese Umstellung bedeutet: Der Austausch unter Studierenden ist existenziell für einen lebendigen Diskurs.

Stattdessen wird Austausch da gefördert, wo es um die vorzeitige Rekrutierung von Arbeitskräften geht: Die «UZH Career Services» der Universität Zürich organisieren Jobmessen, darunter den «Job Hub» oder die «Long Night of Career». Dort dürfen umstrittene Tech-Firmen wie Huawei um die Studierenden buhlen. Dies soll den Einstieg ins Berufsleben erleichtern, trägt aber, sieht man von der fragwürdigen Selektion der Unternehmen einmal ab, auch zum Gesamtbild eines zunehmend leistungs- und profitorientierten Studiums bei. So wird es immer schwieriger, dem Sog des Karrierismus zu entgehen und sich für die Studienzeit auf das Wesentliche zu fokussieren.

Indes wäre das Engagement in Diskussionsgruppen und studentischen Vereinen, in der Unipolitik und in Magazinen wichtig. Als Redaktionsleiter der «Zürcher Studierendenzeitung», die Studierende in freiwilliger Arbeit verfassen und produzieren, beobachten wir, dass solches Engagement zunehmend erschwert wird. Der Druck, an möglichst allen «Career-Events» teilzunehmen, um dann fit für den Arbeitsmarkt zu sein, und der Anspruch, möglichst schnell durchs Studium zu rasen, um irgendwo als junges «high potential» angestellt zu werden oder sich von Praktikum zu Praktikum zu hangeln, färben sich auf das studentische Leben ab. Dabei wäre gerade die Mitarbeit in Vereinen und Projekten eine Chance, Humboldts Bildungsideal vorzuleben.

Es braucht eine Rückbesinnung auf die Universität als Ort der Bildung, wo Wissen entsteht und reger Austausch stattfindet, wo über alles diskutiert und gesellschaftliche Veränderungen angestossen werden können. Die so entstehenden gesellschaftlichen Effekte, die unter anderem gerade den Geistes- und Sozialwissenschaften entspringen, können nur schlecht monetarisiert werden. Und gerade deswegen sind diese Güter in Gefahr. Andrea Franc giesst mit ihren Aussagen Öl in ein Feuer, an dessen Löschung man sich eigentlich machen sollte.

Lukas Heinser und Carlo Mariani sind Co-Redaktionsleiter der «Zürcher Studierendenzeitung»; Heinser ist bei den Geisteswissenschaften eingeschrieben (Germanistik), Mariani studiert eine Sozialwissenschaft (Politologie).

Passend zum Artikel

INTERVIEW

«Die Studenten vergeuden ihre Zeit»

25.05.2022



Sind Geistes- und Sozialwissenschaftler eine finanzielle Bürde für die Gesellschaft?

21.06.2022



GASTKOMMENTAR

Brutales Menschenbild: Eine Gegenrede auf die Aussagen von Andrea Franc über bequeme Studenten

01.06.2022



Neueste Artikel

[Alle neuste Artikel >](#)